



An den Grossen Rat

18.5091.02

ED/P185091

Basel, 6. Juni 2018

Regierungsratsbeschluss vom 5. Juni 2018

## Schriftliche Anfrage Beatrice Isler betreffend Robi-Spiel-Aktionen - wie weiter?

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Beatrice Isler dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

Die Robi-Spiel-Aktionen (RSA) sind ein Begriff in Basel, bekannt und beliebt. Ihr Angebot, mit welchem sie seit Generationen die Kinder erfreuen, umfasst mehr als nur Spielplätze. Von Kinder-Ferien-Stadt, über Kinder-Tankstelle, von Robi-Spielplatz bis zur Tagesstruktur, vom Kinder-Weihnachtsmarkt auf dem Münsterplatz bis zu mobilen Spielzeug-Ausleih-Buden, die RSA ist DER Player im Bereich Spielen.

Finanziert werden die RSA durch die Bürgergemeinde der Stadt Basel, die Christoph Merian-Stiftung, weiteren Stiftungen sowie durch die GGG (rund 1% des RSA-Budgets). Der absolut grösste Geldgeber ist (ca. 7 Mio Subvention) der Kanton.

Die Basellandschaftliche Zeitung vom 2. März 2018 schreckte mit ihrem Artikel auf. Es gilt ein Defizit zu bewältigen. Kann der Verein dies überstehen? Es handelt sich beim Defizit um einen Abgrenzungsfehler, einen Abgrenzungsverlust, welcher seit Frühjahr 2017 bekannt ist und nun in der Öffentlichkeit thematisiert wird. Im Vorstand sitzt die GGG; sie verordnete nun eine Reorganisation der RSA.

Die Unterzeichnende bittet die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation?
- Sind nach Einschätzung der Regierung Massnahmen nötig?
- Ist nach Ansicht der Regierung der Fortbestand der RSA gesichert?
- Der Kanton steht mit dem Sportamt (Summerkunshti), mit den Tagesstrukturen (Volksschulen), mit der Abteilung Jugend, Familie und Sport, mit dem BVD und dem Präsidentsdepartement in einer engen Zusammenarbeit mit den RSA. Warum sitzen seitens des Kantons - also des grössten Geldgebers - keine Delegierten im Vorstand der RSA?
- Ist die Regierung bereit, in den Vorstand der RSA Personen zu delegieren?

Beatrice Isler

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

## 1. Vorbemerkung

Der Regierungsrat hat zu den jüngsten Entwicklungen rund um den Verein Robi-Spiel-Aktionen bereits in den Beantwortungen der Interpellation Nr.11 von Claudio Miozzari betreffend Abhängigkeit vom Verein Robi Spielaktionen und der Interpellation Nr. 41 Olivier Bolliger betreffend der Sicherung der Zukunft und der Eigenständigkeit der Robi-Spiel-Aktionen Basel sowie der Interpellation Nr. 43 von Franziska Roth betreffend Zukunft der Angebote von Robi Spielaktionen jeweils mündlich ähnliche Fragen beantwortet. Das zuständige Erziehungsdepartement ist mit allen Beteiligten im Gespräch. Davon zeugt auch die gemeinsame Medienmitteilung von GGG Basel, Vorstand Robi-Spiel-Aktionen, Christoph Merian Stiftung CMS und Erziehungsdepartement vom 2. Mai 2018. Es liegt in der Natur der Sache, dass solche Gespräche nicht im Schaufenster der Öffentlichkeit geführt werden können. Die Teilnehmenden des «Runden Tisches» stimmen darin überein, dass allfällige Veränderungen nicht unter Zeitdruck und nicht unter dem Druck medialer Auseinandersetzungen erfolgen sollen.

## 2. Zu den einzelnen Fragen

*Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation?*

Das Erziehungsdepartement als zuständiges Departement einschliesslich Vorsteher sind in regelmässigem Austausch mit den Organen der Robi-Spiel-Aktionen und der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige GGG, welche engagiert hinter den Robi-Spiel-Aktionen und dem entsprechenden Verein steht sowie der CMS, welche sich finanziell beim Verein Robi-Spiel-Aktionen engagiert. Der Regierungsrat ist zuversichtlich, dass die GGG und der Verein Robi-Spiel-Aktionen die bestehenden Probleme lösen können und auch künftige Generationen von Kindern von den Angeboten von Robi-Spiel-Aktionen profitieren können, was auch in der gemeinsamen Medienmitteilung von GGG Basel, Vorstand Robi-Spiel-Aktionen, Christoph Merian Stiftung CMS und Erziehungsdepartement vom 2. Mai 2018 zum Ausdruck kommt.

*Sind nach Einschätzung der Regierung Massnahmen nötig?*

Das Erziehungsdepartement, die CMS, der Vorstand der Robi-Spiel-Aktionen und die GGG Basel sind übereingekommen, im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe unter Einbezug der Geschäftsleitung der Robi-Spiel-Aktionen die von Seiten der Mitarbeitenden aufgeworfenen Fragen und Forderungen hinsichtlich der Trägerschaftsstruktur einer sorgfältigen Analyse zu unterziehen. Die Arbeitsgruppe soll von einer externen Fachperson moderiert werden. Diese hat die Arbeit bereits aufgenommen. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass momentan alle nötigen Massnahmen ergriffen worden sind, stellt aber auch fest, dass die Suche nach einer tragfähigen Lösung Zeit und Geduld benötigt.

*Ist nach Ansicht der Regierung der Fortbestand der RSA gesichert?*

Ja.

*Der Kanton steht mit dem Sportamt (Summerkunschti), mit den Tagesstrukturen (Volksschulen), mit der Abteilung Jugend, Familie und Sport, mit dem BVD und dem Präsidialdepartement in einer engen Zusammenarbeit mit den RSA. Warum sitzen seitens des Kantons - also des grössten Geldgebers - keine Delegierten im Vorstand der RSA?*

*Ist die Regierung bereit, in den Vorstand der RSA Personen zu delegieren?*

Der Regierungsrat verzichtet seit einigen Jahren auf sogenannte staatliche Delegierte in Vorständen im Aufgabenbereich der Kinder- und Jugendhilfe, so auch bei der offenen Kinder- und Ju-

gendarbeit. Insbesondere mit dem neuen Staatsbeitragsgesetz vom 11. Dezember 2013 (SG 610.500) sind die Aufgaben des zuständigen Departements bei der Kontrolle von Staatsbeiträgen klar geregelt worden. Das zuständige Departement hat die Aufgabe zu überprüfen, ob die mit dem Staatsbeitrag vereinbarten Aufgaben vereinbarungsgemäss erfüllt worden sind. Neuere Grundsätze der Good Governance verlangen, dass Interessenskonflikte verhindert werden, die entstehen können, wenn eine Person sowohl die Interessen des Staats wie auch die Interessen des Vereins vertreten müsste. Verhandlungen sollen mit klaren Rollen geführt werden. Wer für den Staat Verhandlungen führt, soll nicht gleichzeitig Mitglied eines Vorstands sein, mit dem verhandelt wird.

Selbstverständlich schätzt der Regierungsrat zivilgesellschaftliches Engagement der Mitarbeitenden, aber nicht in dem Aufgabengebiet, für welches sie beruflich tätig sind. Diese Regelungen haben sich bewährt, weshalb der Regierungsrat auch weiterhin auf staatliche Delegierte in Trägerschaften der offenen Kinder- und Jugendarbeit verzichtet. Das zuständige Departement wird aber seine Verantwortung als Vertragspartner im Rahmen des Leistungs- und Finanzcontrollings weiterhin wahrnehmen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann  
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatschreiberin